



**Wissenschaftsrat**

**Empfehlungen zur Reform  
des Hochschulzugangs**

**Zusammenfassung  
der Empfehlungen zu Fragen  
der schulischen Ausbildung**

© 2004 Wissenschaftsrat

Der vollständige Text der „Empfehlungen zur Reform des Hochschulzugangs“ ist als Druckfassung (ISBN 3-935353-12-X) bei der

Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates

Brohler Str. 11

50968 Köln

E-Mail [post@wissenschaftsrat.de](mailto:post@wissenschaftsrat.de)

oder über den örtlichen Buchhandel zu beziehen.

Er ist auch als PDF-Datei im Internet

([www.wissenschaftsrat.de](http://www.wissenschaftsrat.de)) abrufbar.

## **A. Vorbemerkung**

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung sowie des Hochschulbaus. Im Rahmen dieses Beratungsauftrags hat er am 30. Januar 2004 „Empfehlungen zur Reform des Hochschulzugangs“ verabschiedet.

In diesen Empfehlungen wird „Hochschulzugang“ als Übergangsprozess gefasst, der von den letzten Jahren der schulischen Ausbildung bis in die ersten Semester des Hochschulstudiums reicht und infolgedessen von Schule und Hochschule maßgeblich beeinflusst wird. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates befassen sich demnach auch mit der Schule und deren Rolle bei der Vorbereitung auf ein Hochschulstudium. Der vorliegende Text fasst die entsprechenden Passagen des Gesamtpapiers zusammen.

## **B. Defizite und Ziele**

Weit über die Hälfte der Studienanfänger ist nicht hinreichend über Studienfach und Hochschule informiert, beinahe die Hälfte von ihnen wählt die Hochschule nach studienfachfremden Kriterien wie z. B. der Nähe zum Heimatort. Die Gründe hierfür sind vielfältig, eine maßgebliche Ursache ist jedoch, dass Studien- und Berufsberatung vor Studienbeginn zu stark getrennt sind und Beratungsleistungen von Schule, Hochschule und Arbeitsämtern nicht den gewünschten Nutzen erzielen. Ein weiteres Defizit liegt darin, dass die Durchschnittsnoten der Schulabschlüsse nur begrenzt vergleichbar sind und nicht zuverlässig Auskunft über das Leistungsniveau geben, das ein Schüler erreicht hat. Hochschulen können allein aufgrund der Abiturnote nur eingeschränkt feststellen, ob ein Bewerber für ein bestimmtes Studienfach geeignet ist.

Diese Defizite tragen dazu bei, dass Studienanfänger ihre Entscheidung für ein bestimmtes Studienfach vielfach noch in den ersten Studiensemestern revidieren und das Studienfach wechseln. Fast ein Viertel der Studierenden bricht das Studium ganz ab. Dies ist nicht hinnehmbar. Der Wissenschaftsrat verknüpft deshalb mit einer Reform des Hochschulzugangs in Deutschland folgende Ziele:

- Wenn Studienberechtigte sich für ein Studium entscheiden, sollte ihre Entscheidung für ein Studienfach fallen, das ihren Fähigkeiten und Neigungen entspricht. So steigt die Chance, dass sie dieses Studium auch erfolgreich abschließen.
- So viele für ein Studium befähigte Schulabgänger wie möglich müssen auch ein Studium aufnehmen.

## C. Empfehlungen

### C.I. Verbesserung von Beratung und Information

Schüler müssen sich demnach künftig auf einer verlässlicheren Grundlage für ein Studienfach entscheiden und dabei ihre Fähigkeiten und Neigungen besser beurteilen können. Studienberatung und -information müssen deshalb erheblich professionalisiert und Studien- und Berufsberatung weit mehr als bisher integriert werden.

Die Schule ist der genuine Ort, um diese Ziele zu erreichen. Als Institution verfügt sie über die besten Voraussetzungen, Schüler bereits mit Beginn der letzten Phase ihrer schulischen Ausbildung an die Charakteristika tertiärer Ausbildungsgänge heranzuführen, dabei auf eine bessere Abstimmung ihrer Fähigkeiten und Neigungen mit dem Anforderungsprofil von Studiengängen hinzuwirken und in Fragen der beruflichen Zukunft zu beraten.

Die Schule muss deshalb zum Zentrum eines neuartigen Beratungs- und Orientierungssystems werden. In einem solchen Beratungssystem sollen eine oder mehrere Schulen mit Hochschulen, Arbeitsverwaltung und Akteuren des Beschäftigungssystems (Kammern und Berufsverbände) kooperieren und die schon bestehenden Angebote zur Individual- und Gruppenberatung gebündelt werden.<sup>1</sup> Das Beratungsangebot muss ausgeweitet und verpflichtend in die Curricula der einzelnen Schulfächer, darüber hinaus auch, soweit es nicht schulfachbezogen ist, als Beratungseinheiten zur Orientierung auf Studium und Beruf in die Bildungskonzepte der einzelnen Schularten eingestellt werden. Dass dies mit Erfolg möglich ist, zeigen Erfahrungen etwa in den Niederlanden. Eine derart professionalisierte Studien- und Berufsberatung in der Schule sollte auch für solche Personen Beratungsangebote entwickeln, die – vornehmlich nach einem mittleren Bildungsabschluss – Phasen beruflicher Tätigkeit absolvieren und anschließend an die Schule zurückkehren wollen, um die Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben.

Lehrer können und müssen Ansprechpartner und Berater für ihre Studienfächer in fachwissenschaftlicher und fachdidaktischer Hinsicht, aber auch mit Blick auf mögliche Berufsaussichten sein. Eine Intensivierung der Lehrerfortbildung in diesem Sinne hat der Wissenschaftsrat erst kürzlich nachdrücklich empfohlen.<sup>2</sup> Er ist deshalb überzeugt, dass Beratungsnetzwerke der beschriebenen Art auch den fachlichen Austausch zwischen Schule und Hochschule begünstigen und hierdurch institutionelle Kerne für eine wissenschaftsorientierte Lehrerfortbildung schaffen.

---

<sup>1</sup> Einzu beziehen wären auch Informationssysteme wie „Studien- und Berufswahl“, das „Informationssystem Studienwahl und Arbeitsmarkt“ (ISA) und der Hochschulkompass der HRK.

<sup>2</sup> „Empfehlungen zur künftigen Struktur der Lehrerbildung“, Köln 2001, S. 50–3.

Zusätzlich spricht sich der Wissenschaftsrat dafür aus, künftig an Schulen einen Studien- und Berufsberater mit einem klar definierten, eigenständigen Berufsbild vorzusehen, der für die übergreifende Organisation aller Beratungsangebote zuständig ist und selbst Beratung in solchen Bereichen leistet, die nicht nur ein bestimmtes Schulfach betreffen. Hierzu könnte eine Lehrperson durch Fortbildungen die erforderlichen Kenntnisse erwerben und zur Erfüllung ihrer Beratungsaufgaben von einem Teil ihrer laufenden Unterrichtsverpflichtungen auf Dauer entlastet werden. Es ist auch denkbar, dass mehrere Schulen gemeinsam ein entsprechendes Angebot bereitstellen.

Über den Aufbau eines Beratungs- und Orientierungssystems hinaus wäre eine stärkere Verschränkung der schulischen und der tertiären Ausbildungsphase überaus wünschenswert. Eine Möglichkeit hierfür stellt die in mehreren Bundesländern bereits etablierte Fach- oder Studienarbeit in der gymnasialen Oberstufe dar. Sie gibt Schülerinnen und Schülern Gelegenheit, Eigenarten und Methoden wissenschaftlichen Arbeitens früh kennenzulernen und versuchsweise in einem selbst gewählten Fach anzuwenden. Darüber hinaus wird Schülern schon vielfach der Besuch von Lehrveranstaltungen einer Hochschule ermöglicht. Der Wissenschaftsrat begrüßt solche Modelle nachdrücklich und empfiehlt, sie auszuweiten. Die erworbenen Leistungsnachweise sollten – wie auch bisher mancherorts schon möglich – später von der Hochschule anerkannt werden. Umgekehrt sollten Schüler durch solche Leistungsnachweise aber auch äquivalente schulische Leistungen substituieren können.

Schließlich müssen auch die Hochschulen Studierenden in den ersten Semestern ein weit höheres Maß an Orientierung geben, als dies bisher der Fall ist. Sie sollten deshalb das erste Studienjahr als fachwissenschaftliche Orientierungsphase ausgestalten. Hierzu gehören eine vertiefte Fachstudienberatung, Mentoring- und Tutoringsysteme, eine starke Strukturierung der Studiencurricula und eine Entscheidung über den Verbleib im Studiengang nach einem Studienjahr.

## C.II. Qualität und Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen

Trotz aller Kritik, die vielerorts am Niveau der Schulabschlüsse, insbesondere des Abiturs geäußert wird, sind diese nach den vorliegenden Erkenntnissen der Bildungsforschung als Einzelkriterium am besten geeignet, den erfolgreichen Abschluss eines Studiums zu prognostizieren. Auch nach dem Ergebnis neuerer Studienabbruchuntersuchungen steht die Abiturdurchschnittsnote in einem deutlichen Zusammenhang mit dem Studienerfolg. Studienabbrucher haben ihr Studium überwiegend nur mit einer befriedigenden Durchschnittsnote aufgenommen (55 %).

Nach Ansicht des Wissenschaftsrates ist deshalb auch künftig die Durchschnittsnote des Schulabschlusses für die optimale Auswahl von Studienbewerbern unverzichtbar, zumal sie bei nahezu allen Bewerbern um einen Studienplatz vorliegt. Ein wesentlicher Weg, den Übergang von der Schule zur Hochschule künftig effektiver zu gestalten, muss daher darin liegen, Qualität und Bedeutung der Schulabschlüsse, insbesondere des Abiturs, nachhaltig zu stärken. Dies entspricht der Tradition des deutschen Bildungssystems in besonderem Maße und ist Voraussetzung dafür, dass die Hochschulzugangsberechtigung weiterhin eine zentrale Rolle beim Zugang zur Hochschule spielen kann.

Vor diesem Hintergrund nimmt der Wissenschaftsrat mit Sorge zu Kenntnis, dass derzeit viele Studienanfänger nicht nur ihre studienfachspezifischen, sondern auch ihre allgemeinen Qualifikationsvoraussetzungen kritisieren. Defizite dieser Art werden auch häufig als Gründe für die Entscheidung genannt, ein Studium abzubrechen. Ebenso bedenklich ist es, dass die Durchschnittsnoten der Schulabschlüsse nur begrenzt vergleichbar sind und nicht zuverlässig Auskunft über das Leistungsniveau geben, das ein Schüler erreicht hat.

Der Wissenschaftsrat spricht sich deshalb zunächst dafür aus, die Qualifikationsziele und -leistungen der Schulausbildung künftig besser mit den allgemeinen Anforderungen eines Studiums abzustimmen. Hierzu kann beitragen, dass Kommissionen für die Erarbeitung von Rahmenrichtlinien der Schulfächer und deren Lehrpläne gemischt mit Schul- und Hochschullehrenden besetzt werden und neu entwickelte Anforderungsbeschreibungen von Studiengängen oder übergeordneten Studienbereichen zur Grundlage der Abstimmung gemacht werden.

Über diese engere Abstimmung von Schulausbildung und allgemeinen Anforderungen des Hochschulstudiums hinaus müssen Vergleichbarkeit und Transparenz der Durchschnittsnoten erheblich verbessert werden. Hierzu kann eine Standardisierung des Angebots an Schulfächern und ihrer jeweiligen Lerninhalte beitragen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, in schulischen Bildungsgängen die schulfachliche Spezialisierung zu begrenzen und die Schulausbildung stärker auf das aneignende Verstehen grundlegender Bildungsinhalte auszurichten. Hierzu gehört auch, dass die Wissensbestände, die in jedem Schulfach angeeignet werden müssen, klarer gewichtet und verbindlicher formuliert werden.

In der Konsequenz dieser Überlegungen liegt es, neben den durchgängig zu belegenden Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch, die durch eine weitere Fremdsprache, ein gesellschaftswissenschaftliches und ein künstlerisch-musisches Fach ergänzt werden müssen, ein Basisfach Naturwissenschaften einzuführen. Dieses sollte die gemeinsamen Grundlagen und die konzeptuellen horizontalen Vernetzungen der naturwissen-

schaftlichen Disziplinen integriert vermitteln. Dies schließt eine spätere Spezialisierung im Rahmen von Leistungskursen in naturwissenschaftlichen Einzelfächern wie Biologie, Chemie oder Physik nicht aus.

Um die Schulabschlüsse auch mit Blick auf die nachgewiesenen Lernniveaus vergleichbarer und transparent zu machen, unterstützt der Wissenschaftsrat nachdrücklich Bestrebungen in den Ländern, landesweite Zentralabiture oder andere Verfahren zur Sicherung angemessener einheitlicher und anerkannter Anforderungen einzuführen und auch andere Schulabschlussprüfungen künftig zentral zu organisieren. Um auch länderübergreifend Transparenz und Vergleichbarkeit der Schulabschlussnoten zu verbessern, hält er „Bildungsstandards“ für ein geeignetes ergänzendes Instrument. Voraussetzung hierfür ist, dass die einschlägigen Standards mit Blick auf Inhalte, Leistungsniveaus und Ressourceneinsatz überprüfbar sind sowie zur Grundlage einer kontinuierlichen und neuartigen Qualitätssicherung in den Schulen gemacht werden.

Um Lücken zwischen Schulausbildung und Studienanforderungen nicht zu vergrößern, wird vielfach auch erwogen, schulische Bildungsgänge durch weitere fachliche Spezialisierungen wesentlich enger auf bestimmte Studienfächer zuzuschneiden. Der Wissenschaftsrat hält dies nicht für zielführend: Der Vergleich von Durchschnittsnoten wird umso schwerer, je weiter die schulfachliche Spezialisierung reicht, die den zu vergleichenden Durchschnittsnoten zugrunde liegt. Darüber hinaus verlangt eine starke Spezialisierung von Schülerinnen und Schülern zu einem vergleichsweise frühen Zeitpunkt ihrer Schulausbildung eine nur schwer revidierbare Entscheidung über ihren weiteren Ausbildungs- und Berufsweg; auch jetzt schon entscheiden sich jedoch zwei Drittel der Studierwilligen erst kurz vor ihrer Schulabschlussprüfung oder danach für das spätere Studienfach.

Schließlich hält es der Wissenschaftsrat auch für erforderlich, die internationale Kompatibilität des deutschen Schulsystems zu verbessern. Dies kann dazu beitragen, einen Aufenthalt in Deutschland insbesondere für international mobile Familien attraktiver zu machen und deren Kinder frühzeitig für ein späteres Studium in Deutschland zu gewinnen. Einen möglichen Weg hierzu sieht der Wissenschaftsrat in einem verstärkten Angebot des *Internationalen Bakkalaureats* als Ergänzung oder Alternative zum Abitur auch in Deutschland.<sup>3</sup> Dies muss mit einer entsprechend einheitlichen Anerkennungspraxis in den Bundesländern verbunden sein.

---

<sup>3</sup> Vgl. <http://www.ibo.org>.

Der Wissenschaftsrat ist der Überzeugung, dass eine Umsetzung dieser Empfehlungen dazu beitragen wird, die eingangs beschriebenen Defizite des Hochschulzugangs in Deutschland zu beseitigen. Er appelliert deshalb auch an alle Akteure, die im deutschen Bildungssystem mit Fragen der schulischen Ausbildung befasst sind, sich an einer gemeinsamen Kraftanstrengung zu beteiligen, damit sich die Situation des Hochschulzugangs in Deutschland maßgeblich verbessert.